

Resolution zur Ansiedlung eines Kohlekraftwerkes

1. Der Rat der Stadt Emden ist sich dessen bewusst, dass Bundes- und Landespolitik die Festlegungen treffen, aus welchen Energieträgern die Stromversorgung der Bundesrepublik Deutschland sichergestellt wird und damit letztendlich auch die Entscheidung, welche Art von Kraftwerken in Deutschland errichtet werden.
2. Die Stadt Emden wird auch zukünftig ihre Position als Industrie- und Arbeitsplatzstandort für und in Ostfriesland, zum Wohle aller Menschen in Emden und der Region, weiter ausbauen.
3. Eingebettet sind diese Aktivitäten in der Förderung und Entwicklung aller Wirtschaftszweige, zu denen auch der Tourismus zählt.
4. Die Förderung des Kompetenzzwerpunktes Energie – insbesondere aus regenerativen Quellen – ist ein weiterer wesentlicher Entwicklungsschwerpunkt. Er verfolgt das Ziel der Schaffung und Sicherung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung der Stadt Emden und Ostfriesland.
5. Unter Berücksichtigung dieser geschilderten Rahmenbedingungen spricht sich der Rat der Stadt Emden gegen die Errichtung eines Kohlekraftwerkes in Emden, auf dem Stand der Technik ohne ausreichende CO₂-Abscheidung, aus.
6. Emden und Ostfriesland ist Landekopf mehrerer Gaspipelines aus norwegischen Gasfeldern. Um mithilfe eines Ausgleichskraftwerkes mit fossilen Brennstoffen auf Spannungsschwankungen der Offshore-Windkraftanlagen reagieren zu können, akzeptiert der Rat den Bau eines Spitzenlastkraftwerkes modernster Bauart.
7. Emden und Ostfriesland haben bereits heute die Vereinbarungen des Kyoto-Protokolls erfüllt. Vor diesem Hintergrund fordern Rat und Verwaltung der Stadt Emden die Bundes- und Landespolitik auf, ihre Bemühungen zur Förderung der regenerativen Energieerzeugung und Energieeffizienz nachhaltig zu verstärken.